

Bessere Planung und die Familie

Im Gespräch mit Annette Widmann-Mauz über Gesundheitspolitik und Zukunft der Pflege

Die aktuelle Gesundheitspolitik, befürchteter Ärzte- und Pflegenotstand und das zukünftige Gesundheitswesens waren Themen eines Redaktionsgesprächs mit Annette Widmann-Mauz, MdB.

EBERHARD WAIS

Ist das Gesundheitswesen ein Buch mit sieben Siegeln, an dem aus Koalitionszwängen mehr verschlimmbessert als wirklich verbessert wird, der kleinste Nenner der Politik?

ANNETTE WIDMANN-MAUZ: Sicherlich gibt es im Detail unterschiedliche Wahrnehmungen zwischen den Koalitionspartnern, aber nicht in der großen Linie. Auch in der Sache haben Minister Rösler und ich einen sehr guten Draht. Wir besprechen die Probleme völlig unideologisch, sehr pragmatisch, jede Seite ist offen für neue Gedanken. Natürlich gibt es Grenzen, aber wir gehen immer von der Sache her an die Themen. Auch die Finanzierung ist hier erst mal zweitrangig. Manchmal werden in den Medien Dinge überhöht, im Ministerium werden sie dagegen in der Regel ohne parteipolitische Vorgaben diskutiert.

Sind die gegenwärtigen Reformansätze nur Ergebnis eines einvernehmlichen Koalitionsdenkens oder stehen Sie auch in Ihrer Überzeugung dahinter?

WIDMANN-MAUZ: Dahinter stehe ich mit meiner christlichen Überzeugung und guten Gewissens. Das Ergebnis unserer Reform ist nicht das Ergebnis unsolidarischen Denkens, der Solidargedanken im Gesundheitswesen hat durchaus einen Stellenwert. Andererseits wollen wir mehr freiheitliche Gesichtspunkte in einem zukünftigen Gesundheitswesen. Eine Einheitsmedizin würde den unverzichtbaren Antriebe zu eigenen Leistungsfähigkeit und eigenverantwortlichem Zutun auch im Gesundheitswesen behindern. Aber gerade in diesem persönlichen Beitrag, ob auf medizinischem oder sozialem Sektor, liegt die Zukunftsfähigkeit auch des Gesundheitswesens. Dabei haben wir



Setzt auf flexible Detaillösungen und mehr Eigenverantwortung, die Parlamentarische Staatssekretärin und CDU-Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis, Annette Widmann-Mauz im Gespräch mit der HZ-Redaktion. Foto: Eberhard Wais

gute Voraussetzungen, unser Gesundheitswesen ist weltweit als das effektivste und beste anerkannt. Oft wirken sich die neue gesetzliche Regelungen etwas zeitversetzt aus. Im Zweifel muss man die Entscheidungen gegen erste Widerstände aber durchstehen. Denken sie etwa an den Finanzierungsfonds im Gesundheitswesen. Es wurde oft behauptet, es werde Geld in gewaltigen Mengen aus Baden-Württemberg abfließen. Ich habe immer entgegnet, das könne nicht sein. Wegen der Bedenken wurde eine Konver-

genzphase eingebaut. Konkret sind in diesem Jahr die Befürchtungen bei weitem nicht eingetreten, es war daher nur ein Jahr Konvergenz nötig. Kurz: Man braucht in der Gesundheitspolitik mitunter auch einen etwas längeren Atem.

Oder denken sie an die Honorierung der Ärzteschaft. Es wurde befürchtet, es werde im Land allen nur genommen, konkret blieb in den letzten beiden Jahren in der Addition ein Plus. Auch bei den Krankenhäusern sind die letzten beiden

Jahre mit Umsatzwachsen von über zehn Prozent nicht schlecht gewesen.

Dennoch ist die Verunsicherung in der Öffentlichkeit extrem.

WIDMANN-MAUZ: Ja das muss ich einräumen, in Teilen immer noch. Deshalb habe wir für das nächste Jahr und danach einiges vor, etwa bei der medizinischen Versorgung in der Fläche oder auch im Pflegebereich....

....das statistische Bundesamt hat ja errechnet, dass bis 2025 mit einem Minus von 152 000 Pflegekräften zu rechnen ist. Wie wollen Sie da gegenwirken?

WIDMANN-MAUZ: Richtig. Wir müssen uns jetzt ganz konkret um Lösungen bemühen, bei aller politischen Diskussionsnotwendigkeit. Allerdings müssen wir an vielen Ecken tätig werden. Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, dass die Berufe im Gesundheitswesen attraktiv bleiben, familienverträglicher werden. Das hat viel mit Arbeitsbedingungen, auch mit Honorierung zu tun, vielfach aber auch mit ganz alltäglichen Rahmenbedingungen. Darunter meine ich die körperliche und psychische Belastung in diesen Berufen, die oft dazu führt, dass sich betroffene Mediziner, Pflege- und Heilkräfte zurückziehen, was die Personalnot natürlich nochmals steigert. Räumlich gesehen gehen die Betroffenen verstärkt in die Ballungszentren, wo die Situation weniger angespannt ist, der ländliche Raum trägt die Folgen. Da immer mehr Frauen in den medizinischen Beruf kommen, ist auch hier die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein zunehmendes Problem.

Wie wollen Sie das verändern?

WIDMANN-MAUZ: Wir müssen zunächst einmal vom medizinischen und pflegerischen Bedarf her die Frage angehen. Wir werden immer älter, haben immer weniger Kinder, es gibt immer mehr Pflegefälle. Gerade im ländlichen Raum gibt es die „Überalterung“, daran muss sich ein bedarfsgerechtes Gesundheitswesen ausrichten: Was für Ärzte und welche Form von Betreuung brauchen wir in unterschiedlichen

Regionen im Land. Die Antworten auf diese Frage wird eine unserer ersten Aufgaben im kommenden Jahr sein. Denn konkret müssen wir sagen: Wir haben so viel Ärzte wie noch nie, und wir haben eine so gute Arzt-Patienten-Relation wie noch nie. Trotzdem empfinden wir subjektiv Ärztemangel und Unter-

Die Familie muss wieder mehr in den Fokus bei der Pflege

versorgung. Aber wir haben zu wenig „Allrounder“ und angesichts der älter werdenden Gesellschaft nicht die nötigen Fachärzte, etwa bei den Augenärzten.

Nun sind wir aber in keiner Planwirtschaft. Sie müssen die jungen Ärzte also davon überzeugen...

WIDMANN-MAUZ: ...wir können Versorgungssicherheit nicht gegen diejenigen durchsetzen, die das annehmen müssen. Einerseits müssen wir die Motivation für den Beruf halten, mehr Flexibilisierung, notfalls auch lohnende Anreize schaffen, im Zweifel schon im Studium solche Anreize setzen. Auch das alte Prestigedenken muss aufhören.

Es sind unzählige „Baustellen“ im Gesundheits- und Pflegebereich. Wie sollen die denn finanziert werden ohne dass Gemeinschaft und Beitragszahler überfordert werden, wie man ja befürchten muss?

WIDMANN-MAUZ: Keinesfalls sollte man das durch eine Absenkung der Qualifizierung tun. Wir müssen dennoch unsere Ansprüche überdenken. Der familiäre Aspekt muss wieder gestärkt werden, auch die eigenverantwortliche Vorsorge. Ohne bürgerschaftliches Engagement wird dies nicht funktionieren: Das „füreinander verantwortlich fühlen“ auch in der Gesellschaft (einschließlich eventueller Bonusmodelle) könnte eine Lösung für die Probleme gerade bei der Pflege sein. Das heißt wieder mehr weg von dem absoluten Individualitätsgedanken, hin zu mehr Gemeinschaft. Am ehesten ist das natürlich im Familienverbund zu erreichen.